

„ Wir können den Haushalt nur auf Sicht fahren“



© Wolfgang Kalberlah

Brensbach bringt mit den Stimmen der SPD den Etat auf den Weg. Die UWG-Fraktion will keine nachhaltige Finanzpolitik in dem Zahlenwerk erkennen.

Brensbach. Der kommunale Haushalt für das laufende Jahr hat während der Sitzung der Brensbacher Gemeindevertretung seine parlamentarische Hürde genommen und kann nun der Aufsichtsbehörde vorgelegt werden. Konnten dem Investitions- und dem Stellenplan alle Vertreter zustimmen, passierten der Ergebnis- und der Investitionshaushalt sowie die Haushaltssatzung lediglich mit der Mehrheit der SPD-Stimmen das Brensbacher Beschlussorgan.

Kritik am Bund

Vor der Abstimmung begann SPD-Fraktionsvorsitzender Christian Senker seine Stellungnahme zum Haushalt mit den Worten „mehr Transparenz geht nicht“. Während er die „Haushaltsführung in der Finanzverwaltung“ lobte, kritisierte er die Ausgaben des Bundes und Landes, die jährlich wachsen, wobei „die Anteile an den Steuereinnahmen nicht im gleichen Maße steigen“. Der finanzielle Druck steige, ohne dass die Kommunen tatsächlich Möglichkeiten der Mitbestimmung bei den Ausgaben hätten. Ein Blick auf Brandschutz und Kinderbetreuung zeige, „wo es in der Mittelverteilung schief läuft. Im

Gegensatz zum Kreis können wir in der Gemeinde Brensbach jedoch auf Rücklagen zugreifen und müssen in diesen unvorhersehbaren Zeiten nicht erneut die Grundsteuer B erhöhen. Deshalb können wir den Haushalt aktuell nur auf Sicht fahren.“

Senker warf den Kollegen von CDU und UWG vor, die intensiven Beratungen im Ausschuss seien am Ende vertane Zeit gewesen, denn sie hätten ihre Meinung bereits im Vorfeld getroffen. „Diesem Haushalt nicht zuzustimmen, bedeutet eine vorläufige Haushaltsführung in Kauf zu nehmen.“ Er forderte diese beiden Fraktionen gleichzeitig auf, bei Ablehnung konkrete Gegenvorschläge zu liefern, und zählte einige der Punkte auf, wohin „die Reise der CDU gehen soll“, die zu Stellenwegfall und Mittelstreichungen führen werde. Dem UWG-Kollegium warf er vor, „jedes Jahr dasselbe Spiel zu treiben und die Gegenvorschläge schuldig zu bleiben.“

Für die UWG betonte Fraktionsvorsitzender Thomas Deininger, dass der ambinierte Zeitplan zwischen der Einbringung des Haushaltsentwurfs und der Verabschiedung nur zwei Termine im Haupt- und Finanzausschuss zu Beratungen und damit kein verantwortungsvolles Arbeiten zuließ. Trotzdem habe die UWG einen Fragenkatalog erstellt, um die Bewertung des Haushalts vornehmen zu können.

Auf die fünf wesentlichen Gründe für die Ablehnung des Haushalts durch die UWG ging Deininger wie folgt ein: „Obwohl von Bürgermeister Müller wiederholt betont wurde, dass die Gemeinde finanziell eingeschränkt sei, trägt der Haushalt das Prädikat ‚Weiter so‘. Für den von der SPD favorisierten Umbau des Schützenhauses sind Mittel vorhanden, aber für andere, wie das ‚Livestreaming‘ von Sitzungen, werden keine finanziellen Ressourcen bereitgestellt. Zudem enthält der Haushaltsplan keine erkennbaren Einsparungen, die dem finanziellen Engpass Rechnung tragen.“

Eine Bewertung der Haushaltssituation setzt Deininger zufolge eine valide Datenbasis voraus. Dies sei jedoch nicht ausreichend gegeben. Die Mischung aus vorläufigen Zahlen des Jahresabschlusses 2023 und den Planzahlen 2024 schränke eine solide Bewertung für 2025 erheblich ein. „Wir vermissen einen Plan B“, so Deininger, „denn die Kreis- und Schulumlage bleibt bei 57 Prozent, doch der Kreis plant bereits mit 58 Prozent. Sollte dies tatsächlich so kommen, bedeute dies eine Belastung von 80.000 Euro.“

UWG spricht von Risiken

Weiterhin bemängelte er, das Risiko, dass das Land Hessen die Finanzausgleichsmasse in der vorgesehenen Höhe nicht zur Verfügung stellen wird, nicht genügend zu berücksichtigen. Und zuletzt, dass Wertberichtigungen aus 2019 bis 2022 im Jahresabschluss 2023 und eventuell 2024 erfasst werden sollen. „Als Fazit bleibt für uns von der UWG-Fraktion zu sagen: Es bestehen zu viele Unsicherheiten und Risiken in diesem Haushalt. Wir müssen klar definieren, welche Leistungen die Gemeinde anbieten kann und welche nicht.“ Die Bürger würden eine nachhaltige Finanzpolitik erwarten. „Diesem Anspruch wird der vorgelegte Haushalt nicht gerecht.“

Anschließend sagte Bürgermeister Müller in Richtung ÜWG, dass diese teilweise nicht nachvollziehbare Äußerungen getätigt hätten. So habe zum Beispiel die Gemeindevertretung bereits zuvor beschlossen, das „Livestreaming“ nicht in den Haushalt

aufzunehmen. Auch sei wiederholt dargelegt worden, dass Jahresabschlüsse, auch wenn sie noch nicht vorliegen, mit den Planzahlen Verwendung finden dürfen. Zudem könne Brensbach eine erhöhte Kreisumlage durch seine Rücklagen auffangen.